Nummer 596

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Herbert Rentner sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Donnerstag, 20. Dezember 1928

Wachsender Widerstand gegen Chamberlain.

Scharfe Kritik der Haltung Chamberlains im Unterhaus.

EP **London**, 20. Dezember.

Das wortkarge und ablehnende Verhalten Chamberlains in der Mittwochsitzung des Unterhauses, wo er bei Besprechung der Rheinlandfrage die einfachsten Auskünfte verweigerte, findet in der Londoner Presse lebhafte Kritik. Man gewinne den Eindruck, so schreibt „Daily Telegraph", daß das Haus keineswegs auf seiten Chamberlains gestanden habe. Auch die Anhänger der Regierung hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht die Absicht hätten, Chamberlain überall, durch dick und dünn, zu folgen. Das Verhalten des Hauses am Mittwoch sei eine Demonstration gegen die Methoden des Außenamtes gewesen, und die Kluft zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Unterhause scheine sich zu erweitern. Auch hätte eine große Angabl von Konservativen sicherlich noch nicht die Geheimmethoden des Foreign Office beim Abschluß des englisch-französischen Marineabkommens vergessen. — „Daily News" schreibt, die grobe Art der Weigerung Chamberlains, Fragen zu beantworten, werde als ein Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament empfunden. Eine solche Haltung müsse notwendig zu Mißverständnissen auch in anderen Ländern führen. Es sei damit zu rechnen, daß die Arbeiterpartei diese Angelegenheit nach den Weihnachtsferien zur Erörterung bringen werde.

Rom und Brüssel schmollen.

Sie wollten in Lugano auch ihren — Rat dazugeben.

EP **London**, 20. Dezember.

Zu den Verhandlungen in Lugano bringt „Daily Telegraph" eine anscheinend aus belgischer Quelle stammende Auslassung, worin gesagt wird, daß sowohl in Rom wie auch in Brüssel eine gewisse Empfindlichkeit gegenüber der Art und Weise bestehe, daß man die Delegierten Italiens und Belgiens von den Erörterungen der drei hauptsächlichsten Außenminister über die Rheinlandfrage ausgeschlossen hätte. Sie hätten zwar hinterher mit den Außenministern private Besprechungen gehabt, aber die Tatsache, in diesen Kreisen stark kritisiert. Belgien bestehe darauf, daß es als eine der hauptsächlichsten alliierten Mächte bei der Ausführung des Versailler Vertrages angehört werde.

Englisch-chinesischer Handelsvertrag unterzeichnet.

Nanking und seine Tarifautonomie werden anerkannt.

Nanking, 20. Dezember.

Nach einer amtlichen Meldung der chinesischen Regierung ist der britisch-chinesische Vertrag über die Zollfrage gestern abend unterzeichnet worden.

Reuter meldet aus Nanking: Es verlautet, daß der Austausch der endgültigen Ratifikationen des englisch-chinesischen Tarifvertrages in London erfolgen wird. Die Verhandlungen wurden erheblich erleichtert durch die Bereitschaft der Vertreter, den Grundsatz vollständiger Tarifautonomie für China anzuerkennen. In chinesischen Kreisen faßt man die Unterzeichnung des Vertrages als de jure-Anerkennung der Nationalregierung auf und erwartet, daß der britische Gesandte heute vormittag dem General Tschiangkaischek in dessen Eigenschaft als Vorsitzenden des Staatsrats sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird. Es wird gemeldet, daß Großbritannien auf seine besonderen Zollrechte an der chinesisch-indischen und der chinesisch-burmesischen Grenze unter der Bedingung der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel verzichtet hat.

Ähnliche Verträge wie der englisch-chinesische sind gestern abend mit Portugal und Holland unterzeichnet worden. Verträge mit Frankreich und Schweden werden im Laufe des heutigen Vormittags unterzeichnet werden.

Friedensschluß zwischen Italien und dem Vatikan?

Paris, 20. Dezember.

„Petit Journal" will aus Rom berichten können, daß ein Abkommen zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung vor dem Abschluß stehe, das den mehr als 60 Jahre währenden Konflikt zwischen der Kirche und dem italienischen Staate beilege. Es würden danach, so heißt es in der Meldung, in gewissem Maße die weltlichen Machtbefugnisse des Heiligen Stuhles wiederhergestellt werden. Die italienische Regierung werde die Existenz eines Kirchenstaats anerkennen und sich bei ihm durch einen Botschafter vertreten lassen. Das wichtigste Ergebnis dieses Abkommens würde darin bestehen, daß der Vatikan sich auf internationalen Konferenzen vertreten lassen könnte.

*

Wir geben diese Meldung des „Petit Parisien" mit allem Vorbehalt wieder. D. Red.

— **Verhaftung eines Prager Brauereidirektors in der Pfalz.** Wie der Pfalzdienst des Süddeutschen Correspondenz-Bureaus erfährt, hat der französische Sicherheitsdienst in den letzten Tagen in Ludwigshafen den 1898 in Prag geborenen Brauereidirektor Wojaczek, der tschechischer Nationalität ist, unter Spionage-Verdacht verhaftet und nach Landau in das französische Gefängnis eingeliefert, wo er sich in Einzelhaft befindet.

Die Ursache des deutschen Notstandes.

Gute Kriegsgeschäfte der Alliierten. — Aussaugung Deutschlands.

Zu dem Zeitpunkt, an dem versucht werden soll, das Reparationsproblem neu zu regeln, passen die Mitteilungen eines der führenden französischen Reparationssachverständigen, des Senators Dumont, über die Verteilung der Reparationssummen, die wir an Frankreich jährlich abliefern müssen. Man sollte in Deutschland diesen Verteilungsplan, mit einem kurzen Kommentar versehen, auf Staatskosten als Flugblatt herstellen und im ganzen Lande plakatieren lassen, besonders da, wo es gilt, die deutsche Arbeiterschaft aufzuklären. Der Plan zeigt, wie tief wir in der Sklaverei und dem Frondienst versunken sind. Auf unsere Kosten werden die Straßen in Frankreich erneuert, mit unseren Steuern werden die Häuser der Neger in den westindischen Kolonien gebaut, mit deutschem Gelde wird der elsässische Kanal gegraben, der den deutschen Rhein von Basel bis Straßburg ablenken soll. Wir aber müssen, in unserem Vaterlande, Betriebe schließen, Maschinen verschrotten und alte berühmte Werften abreißen lassen, weil wir im Konkurrenzkampf der Mächtigen nicht mehr konkurrenzfähig sind und weil die eigenen Gestehungskosten zu hoch sind. Eine gewissenlose Parteipolitik verschweigt dem leidenden deutschen Volke, soweit es über die wahren Zusammenhänge noch nicht aufgeklärt ist, die Gründe dieser Not: daß dies alles nichts Schuld deutscher Volksgenossen, sondern des Diktats von Versailles und seiner furchtbarsten Wirkung, des Dawesplanes, ist. Jeder wissende Deutsche hat die Pflicht, das Seine zu tun, damit durch Bekanntwerden von Tatsachen wie denen, die im folgenden veröffentlicht werden, das Licht der Wahrheit sich in unserem Volke verbreite.

Paris, 20. Dezember.

Der Generalberichterstatter des Finanzausschusses des Senats, Senator Dumont, hat sich gegenüber dem „Matin" über die Verwendung der im Budget 1929 als Einnahme vorgesehenen einen Milliarde Francs aus dem Dawesplan geäußert und erklärt, der Dawesplan werde im Budget unter zwei verschiedenen Formen berücksichtigt, als Wareinnahme in Höhe von 1000 Millionen und in Form von Arbeiten in Höhe von 1200 Millionen. Seit September 1927 laufe die erste volle Dawesannuität, die gemäß dem Abkommen von Spa sich auf 7800 Millionen Francs belaufe. Darüber sei in folgender Weise verfügt worden:

1. 2250 Millionen für die Unterhaltung der französischen Truppen im Rheinland;

2. 2650 Millionen für die Lieferung von Kohlen, Holz, Dünger, Zucker und Maschinen;

3. 1000 Millionen, die der Staat für seine öffentlichen Dienste verwende;

4. 100 Millionen für Straßenbau;

5. 100 Millionen für die Geschädigten in den durch Naturkatastrophen heimgesuchten Kolonien, wie Guadeloupe und Martinique;

6. 1700 Millionen Francs, die entweder den reichen Kolonien gegen einen Zinssatz von 3 Prozent mit Rückzahlungsfrist von 15 bis 20 Jahren geliehen würden, oder den Bergwerken, großen Fabriken, Häfen oder Unternehmen zur Ausführung von Arbeiten im öffentlichen Interesse zufallen.

Die Mehrzahl der Lieferungen bestehe aus Maschinen, wofür das Schatzamt kaum mehr als 200 Millionen bar erhalten werde. All das sei aufzuriebenstellend, wenn diese Zahlungen an Geld und an Lieferungen es Frankreich erlaubten, die Zinsenrückstände seiner 110 Milliarden Schulden zu regeln, die es für den Wiederaufbau übernommen habe, sowie genügend Mittel böten, um die interalliierten Schulden zu regeln.

Von 1930 ab müsse Frankreich 1000 Millionen an die Vereinigten Staaten und 1240 Millionen an England zahlen, und dabei werde eine weitere Milliarde nötig sein, um das Budget auszugleichen. Diese Erwägungen müßten die gegenwärtig mit Deutschland gepflogenen Verhandlungen beherrschen.

Man müsse hoffen, daß die Lieferungen von Maschinen die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs verdichten und so zur Festigung des Friedens dienen würden.

Das französische Ueberschußbudget.

TU **Paris**, 20. Dezember.

Der Senat wird am Freitag in die Beratung des Budgets eintreten. Der Bericht, der von der Finanzkommission des Senats erstattet wurde, weist darauf hin, daß der Voranschlag der Regierung einen Ueberschuß von 55 Millionen vorgesehen habe, die Kammer diesen Ueberschuß aber durch Erhöhung der Ausgaben und Verminderung der Einnahmen auf 46 Millionen verringert habe. Die Finanzkommission des Senats habe nun die Einnahmen um 38 Millionen erhöht und die Ausgaben um 61 Millionen verringert, so daß sich ein Ueberschuß von 145 Millionen Franken ergebe.

Der Schiedsausschuß funktioniert.

Stimmungsumschlag auch in Bolivien.

Nach den letzten Meldungen aus Washington ist die erste Sitzung des panamerikanischen Schlichtungsausschusses durchaus günstig verlaufen. Das steigende Vertrauen auf eine schnelle Lösung wird durch folgende Berichte noch verstärkt:

London, 20. Dezember.

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat der bolivianische Senat in einem gestern spät abends gefaßten Beschluß der Regierung dafür, daß sie sich bereit erklärt hat, die Vermittlung und die guten Dienste der panamerikanischen Konferenz zur Beilegung des Konflikts mit Paraguay anzunehmen, sein Vertrauen ausgesprochen. Wie Reuter weiter meldet, hat sich die Spannung und Ueberreiztheit der Bevölkerung Boliviens mit dem Augenblick gelegt, wo es bekannt wurde, daß beide miteinander in Konflikt liegenden Staaten dem Vermittlungsversuch zustimmten.

Es sei wahrscheinlich, daß die Krise ebenso rasch aus der Welt verschwinde, wie sie entstanden sei.

Die italienisch-türkische Aussprache.

Grandi in Angora.

Angora, 20. Dezember.

Zu dem Besuche des italienischen Unterstaatssekretärs des Aeußern in Angora heißt es in einer Erklärung der Anatolischen Telegraphenagentur, Grandi sei sowohl von der Regierung der Republik wie von der türkischen Bevölkerung der wärmste Empfang zuteil geworden. Im Verlauf ihrer Unterredungen hätten Unterstaatssekretär Grandi und Minister des Aeußern Tewfik Ruschdi Bei festgestellt, daß die Beziehungen der beiden Staaten von größter Herzlichkeit seien und auf den festen Grundlagen gegenseitigen Verständnisses der Interessen der beiden Nationen und auf Vertrauen zueinander beruhten, des der Aufrichtigkeit und Loyalität entspringe.

Ministerpräsident Ismet Pascha gab zu Ehren des italienischen Unterstaatssekretärs Grandi ein Frühstück im engen Kreise, an dem der Minister des Aeußern, der italienische Botschafter, der Präsident des Parlaments und der Sekretär der Volkspartei teilnahmen.

Finanzskandal auch in Straßburg.

EP **Paris**, 20. Dezember.

Aus Straßburg wird gemeldet, daß das „Institut de l'Est" den Konkurs angemeldet hat. Es hat mit ähnlichen Methoden wie die „Gazette du Franc" gearbeitet, aber allerdings nur zwei Millionen Francs den Sparern abgeschwindelt. Die beiden Direktoren-finanziers sind bereits vor einiger Zeit verhaftet worden.

Der Direktor der „Gazette du Franc", Audibert, hatte bekanntlich vor dem Untersuchungsrichter erklärt, daß er, bevor er seinen Posten bei der Gazette übernahm, sich beim Quai d'Orsay über das Unternehmen erkundigt habe und von ihm günstige Informationen über die „Gazette" erhielt. Darauf gestützt habe er die Redaktion des Blattes übernommen. Der Quai d'Orsay veröffentlicht nun eine Mitteilung, worin er diese Behauptung in Abrede stellt.

300 Tonnen Kriegsmaterial für Polen.

Ausladung im Danziger Hafen.

TU **Danzig**, 20. September.

In der letzten Woche mußte für etwa zwei Tage das Munitionsbecken auf der Westerplatte, das bekanntlich für den Handelsverkehr freigegeben wurde, geräumt werden, weil ein Dampfer mit 300 Tonnen Kriegsmaterial für Polen eingetroffen war. Obwohl in Gdingen ein Hafenbecken für militärische Zwecke zur Verfügung steht, wurde dem Danziger Hafen die Störung des Verkehrs nicht erspart.

Der Festungsgürtel an der französischen Ostgrenze.

Paris, 19. Dezember.

Vor dem Heeresausschuß des Senats äußerten sich heute Kriegsminister Painlevé und der Generalstabschef Debeney über den Plan für die Verteidigungsorganisation der Grenzen und besonders für das elsaß-lothringische Gebiet.

Moskauer Ukrainer-Sorgen.

TU **Kowno**, 20. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Mittwoch die Parteikonferenz des ukrainischen Militärbezirks in Charkow eröffnet worden. Auf der Konferenz ist die gesamte Regierung und der Oberbefehlshaber des ukrainischen Militärbezirks anwesend. Tschubar betonte in einem Bericht über die ukrainische Parteiorganisation, daß die Partei mit der Opposition und dem Separatismus kämpfe. Die Konferenz äußerte dem Zentralkomitee der Partei, und dem Moskauer Zentralkomitee ihr Vertrauen. Die Resolution besagt, daß die Partei sich auf die ukrainische Partei im Kampfe gegen Opposition und Separatismus verlassen könne. Die Kundgebung trug einen ausgesprochen antipolnischen Charakter.

TU **Kowno**, 20. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erstattete Korostelow einen Bericht über die Tätigkeit der Moskauer Kontrollkommission im verflossenen Wirtschaftsjahr. Er teilte mit, daß in diesem Zeitraum 1468 Anhänger von Trotzki aus der Partei ausgeschlossen worden seien. Die Kontrollkommission sei damit beschäftigt, mit der Rechtsopposition vollkommen aufzuräumen.

Die Empörung der russischen Bauern.

TU **Kowno**, 20. Dezember.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in der Nähe von Krasnodar die Großbauern das kommunistische Kludbeus des Dorfes Soreg verbrannt. Die Großbauern haben erklärt, die Kommunisten sollten das Dorf verlassen, weil sie zum Bürgerkrieg zwischen den reichen und den armen Bauern hetzen. Mehrere Kommunisten wurden verjagt, nur mit Hilfe der Miliz gelang es, die Ruhe im Dorfe wieder herzustellen. Das Volkskommissariat für Justiz hat aus Anlaß der immer stärker um sich greifenden Verfolgungen der Dorfkommunisten angeordnet, daß die Staatsanwälte zur Bekämpfung der politischen Bandenbildung mit der OGPU zusammenarbeiten sollen.

U.S.A. und wir.

Umschwung in den Vereinigten Staaten.

Aus Chicago wird uns geschrieben:

Die kürzlich stattgehabte Feier des 10jährigen Erinnerungstages an den Waffenstillstand macht es so recht klar, welch ein mächtiger Umschwung in der öffentlichen Meinung Amerikas Deutschland gegenüber eingetreten ist. Die Erinnerungsfeier an den Waffenstillstand wird hier auch in der Kirche begangen, wobei das Innere der Episkopalkirchen neben den amerikanischen auch englische und französische Fahnen zeigte. Aber gegen Deutschland fielen weder in den Reden, noch in den Pressestimmen bei Anlaß der Feier des Kriegsabschlusses unfreundliche Aeußerungen.

Im Gegenteil: verschiedene Blätter, wie etwa die „Minneapolis Tribune", äußerten sich auch bei dieser Gelegenheit voller Bewunderung über den überraschenden Aufschwung, den Deutschland im Laufe dieser 10 Jahre genommen habe. Unter den zahlreichen amerikanischen Stimmen, die sich im Laufe der letzten Zeit über die Stellung der Vereinigten Staaten zu Deutschland geäußert haben, verdient besondere Aufmerksamkeit die „Seattle Daily Times", die während des Krieges eines der deutschfeindlichsten Blätter der Vereinigten Staaten war. Diese Zeitung ist eines der maßgebendsten Blätter des Nordwestens. Sie schloß ihren Artikel mit folgenden charakteristischen Ausführungen:

„Deutschland hat eine Fülle von Beweisen dafür gegeben, daß es fest für die Lehre des bleibenden Friedens eintritt. Es ist möglich, daß manche Monarchisten den Gedanken an einen neuen Krieg nicht abweisen, aber die große Masse des deutschen Volkes wünscht ihn nicht, sondern sinnt darüber nach, ihre Industrien wieder aufzubauen und ihre Handelsbeziehungen wieder herzustellen.

Die Wahl des Feldmarschalls Paul von Hindenburg zum Präsidenten der Deutschen Republik vor drei Jahren gab Anlaß zu verschiedenen Mutmaßungen in den Ländern der Alliierten. Aber Präsident Hindenburg hat durch sein Beispiel und seine Verordnungen gezeigt, daß er nur den allgemeinen Frieden wünscht. Es ist eine offene Frage, ob er einst höher als militärischer Führer oder heute als Haupt der Regierung verehrt wird.

Zum zehnjährigen Jahrestage der Begründung der Deutschen Republik sendet Amerika Grüße. Wir heißen die deutsche Hilfe in der Förderung der letzten amerikanischen Anstrengungen zur Verbannung des Krieges von der Erde willkommen."

Die sympathische Stellungnahme gerade in diesem Blatte ist ein schöner Beweis dafür, wie nahe die Vereinigten Staaten und Deutschland zueinander durch den gemeinsamen Kampf gegen die in Westeuropa noch immer verbreitete Kriegspsychose gekommen sind.

— **Coolidges Flucht vor dem Händedruck.** Präsident Coolidge und Gemahlin werden über Weihnachten und Neujahr sich auf der Insel Sapelo in der Höhe von Savannah aufhalten. Man nimmt an, daß Coolidge diesen Beschluß gefaßt hat, um der ihm verhaßten Tradition auszuweichen, die den amerikanischen Präsidenten zwingt, am Neujahrstage Tausenden von Besuchern die Hand zu drücken.